Calwer Tagblatt

Nr. 84. | Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. | 94. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile 20 Pfg., Reklamen 50 Pfg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Donnerstag den 10. April 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 2.65 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbarortsverkehr Mk. 2.75, im Fernverkehr Mk. 2.85, Bestellgeld 30 Pfg.

Die Zustände in München. — Die Lage im Reich. — Zur Friedensfrage.

In München geht die Räteregierung an die Arbeit, um die Ideen ihrer Führer durchzusetzen, der Kommunismus, d. h. die Gemeinwirtschaft auf allen Gebieten soll durchgeführt werden. Die Münchener Mehrheitssozialisten haben nochmals Versuche gemacht, sich mit den Unabhängigen und Kommunisten auf eine bestimmte Plattform bezüglich der wirtschaftlichen Fragen zu einigen. Der Russe Levien aber hält seine bolschewistischen Grundsätze aufrecht, und die Kommunisten, — das sind einige Tollköpfe und dahinter die Masse des Gesindels — halten fest zu diesem Ausländer. Sollte das deutsche Volk nicht bald einsehen, daß es nur von fremden Elementen, die bei Gelegenheit den Schauplatz ihrer erfolgreichen Tätigkeit verlassen, und die wahrscheinlich von der Entente bezahlt werden, ins Verderben geführt wird. In der Schweiz gilt heute die Mark 40 Heller; vor dem Krieg hat man für eine Mark 120 Heller erhalten. Der Grund für den dauernden Rückgang des deutschen Geldwertes im neutralen Ausland liegt darin, daß wir infolge der andauernden Streiks keine Waren zu liefern vermögen. Durch den Streik im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, an dem heute 400000 Arbeiter beteiligt sind, wird über kurz oder lang unsere ganze Industrie, unsere gesamte Licht- und Energiewirtschaft lahmgelegt werden; und zudem wird die mit Mühe und Not geregelte Lebensmitteleinfuhr nach Deutschland gefährdet werden, denn die auf der Fahrt nach deutschen Häfen befindlichen Schiffe kann man nicht einmal mit dem nötigen Kohlenvorrat versehen, damit sie weder ausfahren können, ganz davon zu schweigen, daß man ihnen vielleicht Kohlen als Ware mitgeben könnte. Sogar die Unabhängigen bekommen es jetzt mit der Angst. Der Unabhängige **Cohen-Reuß** brachte im Rätekongreß eine Entschließung ein, der Rätekongreß solle an die streikenden Ruhrbergleute appellieren, unter allen Umständen Notstandsarbeiten auszuführen, damit das deutsche Volk von dem Unglück verschont würde, das jetzt bei einem Ersaufen der Schächte eintreten würde. Und Herr Cohen ermahnte die Vertreter der Unabhängigen noch, sie sollten doch bedenken, welche Folgen es habe, wenn selbst Lebensmittelschiffe der Entente jetzt ohne Bunkerkohle zurückfahren müßten. Und der Mehrheitssozialist **Kalinsky** sagte, nicht mit Unrecht, eine Bergarbeiterschaft, die die Kohlenschächte ersaufen läßt, ersäuft die deutsche Revolution. Der Reichsernährungsminister **Schmidt**, ebenfalls ein Sozialist, beschwor den Rätekongreß, sich zu der Erkenntnis durchzuringen, daß eine so wüste Verhetzung und die brutale Unterdrückung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens wie sie jetzt im Ruhrgebiet betrieben werde, auf das allerschwerste verurteilt werden müsse. Vor Düsseldorf liegen Rheinschiffe mit Lebensmitteln. Aber sie werden von den Belgiern nicht durchgelassen, bis der Streik zu Ende ist.

Wie sich die Dinge in **Bayern** entwickeln, ist heute noch nicht abzusehen. Die rechtmäßige Regierung, die ihren Sitz in Bamberg genommen hat, soll über München die Lebensmittelsperre verhängt und die Stadt vom Eisenbahn-Post- und Drahtverkehr abgeschnitten haben. Der Reichswehrminister **Noske** hat erklärt, in Bayern würden sich, wenn der Mehrheitssozialist Hoffmann sich nur noch eine Zeit lang halte, die Verhältnisse zu Gunsten der rechtmäßigen Regierung befestigen. Der frühere Kommandeur des Münchner Leibregiments, den die Regierung zu ihrem Schutz mit der Bildung einer Regierungstruppe betraut hat, sei ein hervorragender Offizier. Wenn es nicht anders gehe, werde München genau so mit Waffengewalt zur Ordnung zurückgeführt werden, wie das in Bremen, Düsseldorf usw. geschehen sei. Ehe unser Vaterland in den Abgrund gestürzt werde, müsse lieber aufs kräftigste zugeschlagen werden. Das Blut, wenn es fließen sollte, komme über die kommunistischen Tollhäusler. Bezüglich des Antrags im Rätekongreß, man solle einen Reichssoldatenrat errichten, der dem Reichswehrminister gleichgestellt sei, vertrat Noske den Standpunkt, wenn ein solcher Reichssoldatenrat geschaffen würde, dann würde er gehen, denn ohne einheitliche Leitung, ohne Disziplin sei nichts Vernünftiges anzustellen. Im übrigen sagte Noske, sei die militärische Leitung auf alle Möglichkeiten vorbereitet. In Magdeburg wurde der Putschversuch, der auf auf eine Militärrevolte in verschiedenen Armeekorpsbezirken hinauslief, unterdrückt; die dortige Streikleitung hat deshalb beschlossen, „im Hinblick auf die veränderten Machtverhältnisse" die Streikenden aufzufordern, die Arbeit wieder aufzunehmen. In **Braunschweig** herrschen immer noch die Unabhängigen. Bei einer großen Versammlung wurde dort als Rettung Deutschlands der Anschluß an die russische Sowjetregierung gefordert, gründliche Beseitigung des Militarismus und Kapitalismus in der ganzen Welt, Absetzung der Regierung Ebert-Scheidemann-Noske, Auflösung der Nationalversammlung und aller Landtage. So wütet das Fieber im deutschen Volkskörper fort, und nirgends zeigt sich das richtige Mittel oder der richtige Arzt, der die gehörige Autorität besäße, daß seine Anordnungen Gehör fänden. Soll das deutsche Volk an dieser Revolution, die doch die große Freiheit bringen sollte, zugrunde gehen?!

Unsere Feinde würden es nur begrüßen, wenn die verblendeten und bestochenen Verführer unseres Volks das Werk vollenden würden, das sie aus politischen Gründen nicht ganz durchführen wollen. Die feindliche Presse ist zur Zeit voll Stimmungsberichten über angebliche Meinungsverschiedenheiten in Paris. Die einen schreiben, Wilson wolle abreisen; er habe schon seinen Dampfer bestellt, die anderen sagen, das sei nicht wegen der Uneinigkeit, sondern weil man sich jetzt bald geeinigt haben werde, um den Vorfrieden schließen zu können. Daß es sich bei allen diesen Manövern keineswegs um Schritte zu Gunsten Deutschlands handelt, das werden wir aus den Kriegsentschädigungsforderungen und der Haltung Wilsons zur Frage der deutschen Kolonien bald genug herausfinden. O. S.

Kriegsgerichtliche Urteile nach den Gesetzen des Belagerungszustandes.

(SCB.) **Stuttgart**, 8. April. Die anläßlich des Belagerungszustandes eingesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte haben eine Reihe mehr oder weniger leichte Vergehen gegen das Belagerungszustandsgesetz abgeurteilt. Wegen unbefugten Waffentragens erhielten der Metzger Johann Feisel in Gaisburg und der 29 Jahre alte Eisendreher Stefan Zehr von Stuttgart 1 Monat 15 Tage bezw. 1 Monat Gefängnis. Wegen Flugblattverbreitung der 19 Jahre alte Schlosser Friedrich Scheu in Degerloch, Mitglied der Kommunistischen Partei, 2 Monate Gefängnis; der Schneider Johann Glust von Fürnsal, Mitglied der Komm. Partei, 2 Monate Gefängnis; die Näherin Marie Birkmaier zehn Tage Gefängnis. Der 17 Jahre alte Eisendreher Richard Heim von Cannstatt wurde zu 20 Tagen Gefängnis bezw. 100 ℳ Geldstrafe verurteilt, weil er sich an einer großen Menschenansammlung beteiligte, die einen Leutnant der S.-K. entwaffnen und mißhandeln wollte. Der 22 Jahre alte Hilfsarbeiter Melchior Warker wurde mit einer Woche Gefängnis bestraft, weil er gegen die S.-K. sich in rohen Ausfällen erging und für die Bewaffnung der Arbeiter eintrat.

*

(SCB.) **Stuttgart**, 7. April. Die Verteidigung der Stuttgarter **Spartakusführer Hörnle, Münzenberg, Rück** und sieben weiterer Genossen in dem vor dem Stuttgarter Schwurgericht gegen sie anhängigen Strafverfahren wegen Aufruhrs u. a. haben der frühere preußische Justizminister, Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld in Berlin, und der unlängst aus Stuttgart ausgewiesene Rechtsanwalt Dr. Levi in Frankfurt a. M. übernommen. Der Verhandlungstermin ist auf Freitag den 11. April, vormittags 9 Uhr, im Schwurgerichtssaal anberaumt. Ob die Verhandlung stattfinden kann, hängt von dem Umstand ab, ob die Verteidiger bis dahin die nötige Akteneinsicht erhalten haben und die Verteidigung entsprechend vorbereiten können. Rechtsanwalt Levi ist zu diesem Zweck letzten Samstag im Automobil aus Frankfurt nach Stuttgart gekommen.

Die süddeutschen Staaten und die Räterepublik Bayern.

Stuttgart, 8. April. Die Regierungen von Württemberg, Baden und Hessen sehen das Ministerium Hoffmann nach wie vor als die allein rechtmäßige Regierung des Volksstaates Bayern an.

Stuttgart den 8. 4. 1919.

Blos, Württ. Staatsminister. Geiß, Bad. Ministerpräsident.
Ulrich, Hess. Ministerpräsident.

Zur Lage in München.

München, 8. April. Die Erregung in der Münchener Bevölkerung wächst. Auf den Straßen und Plätzen haben sich heute wieder lebhaft debattierende Gruppen gebildet. Offener noch als zuvor trat dabei eine **judenfeindliche Strömung** zutage, die durch zahllose, gegen die zum Teil jüdischen Führer des Radikalismus gerichtete Flugblätter in den letzten Tagen stark genährt worden war. Die Räteregierung erläßt soeben eine Kundgebung, daß durch das Verhalten von Offizieren, Studenten und andern Bürgersöhnen seit der Ausrufung der Räterepublik die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Die Verbreitung von antisemitischen Flugblättern werde ohne Zweifel in kürzester Frist die Regierung dazu zwingen, alle die Personen, die die Ruhe der Stadt gefährden, festzunehmen und sofort vom Revolutionstribunal aburteilen zu lassen. In den Hauptgeschäftsstrafen haben im Laufe des Vormittags fast sämtliche Läden geschlossen, teils wohl aus Furcht vor Plünderung, teils aber auch infolge lautlos betriebener Agitation für einen Bürgerstreik. Auf falsche Gerüchte von bereits erfolgten Plünderungen hin rückte zeitweise ein starkes Truppenaufgebot aus, das später in die Kasernen zurückgezogen wurde.

In den ersten Morgenstunden hatten Ansammlungen kleiner Sparer stattgefunden, die vergebens auf die Oeffnung der Banken warteten. Der Zentralrat hat übrigens dem revolutionären Bankrat für Bayern in München die Vollmacht für die sofortige Einsetzung von Bankräten an den einzelnen Bankplätzen mit folgenden Rechten erteilt: Gegenzeichnung aller abgehenden Schriftstücke, Schecks usw., Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung, Recht der Personalveränderung. Diese Bankräte haben für sofortige Aufstellung von Betriebsräten in den einzelnen Instituten zu sorgen, die bereits morgen die Kontrollarbeit **zur Verhinderung der Kapitalsabwanderung aus Bayern übernehmen.** Die Betriebsräte müssen aus sozialistischen Bankangestalten gebildet sein. Nach einer Verordnung gegen die Kapitalsabwanderung sind alle Vergütungen, Sendungen und Zahlungen im Betrage von mehr als 5000 ℳ, die nach außerbayerischen Stellen bewirkt werden, den zuständigen Kintrollstellen des Zentralwirtschaftsamtes anzumelden. Der gleichen Bestimmung unterliegen ohne Rücksicht auf den Bestimmungsort Verfügungen in bar oder Wertpapieren, die über einen Betrag von 100 000 ℳ innerhalb eines Vierteljahrs hinaus aus den Guthaben und Depots des gleichen Vergütungsberechtigten getätigt werden.

Die Sozialisierung in Bayern.

München, 9. April. Auf Anordnung des Zentralrates werden zur Vorbereitung der Sozialisierung alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt. Die Betriebe haben ungestört weiter zu gehen, die leitenden Persönlichkeiten die Arbeit fortzusetzen. Geschäftsgebarung und Geldbewegung werden durch Betriebsräte bezw. durch die A.- und S.-Ausschüsse kontrolliert. Die öffentliche Aufsicht liegt dem Zentralwirtschaftsamt zusammen mit den Arbeiterkontrollräten, den Bergarbeiterräten, der staatlichen Bergverwaltung, dem Demobilmachungskommissar usw. ob. Der Zentralrat fordert alle örtlichen Arbeiterräte auf, durch Delegierte die Hotels und Gasthäuser auf Lebensmittelvorräte, Mahlzeiten und Zimmerpreise zu kontrollieren, Vorräte, die den normalen Verbrauch übersteigen, zu beschlagnahmen und den kleinen Gasthöfen, in denen vorwiegend Arbeiter verkehren, zuzuweisen.

München, 9. April. Der revolutionäre Zentralrat veröffentlicht soeben folgende Anordnung über die **Sozialisierung der Presse**: Um die Sozialisierung der Presse sofort beginnen zu können, wird die gesamte Presse Bayerns unter gesellschaftliche Wirtschaftskontrolle gestellt. Die gegesamte Verwaltung und Betriebsführung untersteht auch in wirtschaftlicher Beziehung der öffentlichen Aufsicht. Die Kontrolle üben sofort Betriebsräte aus. Um der sozialistischen Lebensordnung Geltung zu verschaffen und gleichzeitig endlich eine wahrhaft freie (?) Meinungsäußerung zu ermöglichen, folgen umgehend Einzelbestimmungen. Eine weitere Verordnung des provisorischen Zentralrats besagt: Es wird hiermit allgemeine Sonntagsruhe auch für die Presse angeordnet.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume in München.

Eine Verordnung des provisorischen revolutionären Zentralrates über die Beschlagnahme und Rationierung der Wohnräume sagt u. a.: Während der Wohnungsnot werden sämtliche Wohnräume in Bayern beschlagnahmt. Die Veräußerung von Häusern an Personen, die nicht vor dem 1. August 1914 ihren Wohnsitz in Bayern hatten, kann nur mit Zustimmung des Volkskommissars für Wohnungswesen erfolgen. Zur Verminderung der Wohnungsnot wird für jeden Einzelhaushalt grundsätzlich nur 1 Zimmer mit Küche, für jede Familie eine Mindestzahl von Schlafräumen nebst einem Wohnraum vorgesehen. Für die ihm zugewiesenen Räume erhält jeder eine Wohnungskarte. Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte sind zu bevorzugen. Die Einigung über den Mietpreis kann durch die Beteiligten erfolgen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so setzt die Gemeinde einen angemessenen Mietpreis fest. Auf Hotels, Gasthöfe und Pensionen findet die Verordnung vorerst keine Anwendung. Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis 100000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre geahndet.

Spartakistische Umtriebe auch in Baden.

Karlsruhe, 9. April. Die „Karlsr. Ztg." weist darauf hin, daß mit einem Weitergreifen der spartakistischen, auf Errichtung der Räteherrschaft abzielenden Bewegung zu rechnen ist. Die badische Regierung, heißt es in dem Artikel, ist von dem, was war zu erwarten haben, gut unterrichtet und sieht den kommenden Ereignissen mit Ruhe und Umsicht, mit Festigkeit und Zuversicht entgegen. Die nötigen Vorbereitungen sind getroffen. Sollte, was wir einstweilen noch nicht annehmen wollen, von spartakistischer Seite Gewalt angewandt werden, so wird ihr mit Gewalt begegnet werden. Wir glauben, daß ein gewaltsamer, terroristischen Zielen dienender Umsturzversuch keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Zu den Männern der Regierung, so vor allem zu dem Minister des Innern und dem Staatspräsidenten, dürfen wir das Vertrauen haben, daß sie ihre ganze Tatkraft einsetzen werden, um die Möglichkeit einer Räteherrschaft von vornherein zu vereiteln. Die badische Regierung ist sich dessen bewußt, daß es sich bei allen diesen Umsturzversuchen um Unternehmen handelt, die mit den Idealen der Demokratie und des Sozialismus nichts zu tun haben, sondern um rein politische Manöver, die eine verschwindend kleine Mehrheit in den Besitz und damit in den Genuß der Macht versetzen sollen.

Das Verbrechen am Volke.

Berlin, 9. April. Unter der Ueberschrift: „Das Verbrechen am Volke" schreibt der sozialdemokratische „Vorwärts:" An vielen Orten Deutschlands loht die Streikflamme. Die Arbeiterschaft wird verhindert, neue Werte zu schaffen. Im Ruhrgebiet werden jeden Tag Millionen von Mark verstreikt. Das einzige Zahlungsmittel, das wir für das Ausland haben, die Kohle, wird nicht mehr produziert, aber wir sollen damit die Lebensmittel bezahlen, die wir so dringend nötig haben. Wenn wir sie nicht mit Kohle bezahlen können, bekommen wir sie nicht. Infolge der Streikunruhen sinkt der Wert des deutschen Geldes im Auslande von Stunde zu Stunde. In Dänemark haben 112 ℳ deutsches Geld nur noch einen Wert von 33,25 Kronen, in Stockkolm einen Wert von 31,50 Kronen, in der Schweiz, wo vor wenigen Tagen noch für 100 Franken 197,50 ℳ bezahlt worden sind, müssen heute für diesen Betrag bereits 234 ℳ bezahlt werden, d. h. das deutsche Geld ist auf 25 Prozent seines Wertes gesunken. In diesen Streiktagen beträgt der Kursverlust pro 80 ℳ 36,50 ℳ. In Deutschland haben wir zurzeit etwa 55 Milliarden Papiergeld im Verkehr, auf 80 ℳ haben wir in wenigen Tagen 36,50 ℳ an Wert verloren, also auf 100 ℳ 45,72 ℳ. Gemessen an dem Stand unseres Geldes in der Schweiz, haben wir also durch die fürchterliche Beunruhigung unserer Wirtschaft durch das Generalstreikfieber, in das unsere Arbeiterschaft jeden Tag von neuem gehetzt wird, in wenigen Tagen 15 913 750 000 ℳ verloren. Das ist geradezu fürchterlich. Wer will die Verantwortung dafür übernehmen, daß es zum Zusammenbruch kommt? Die Lebensmittel werden ins Ungeheure steigen, wenn das so fortgeht. Was wir vor 10 Tagen in der Schweiz an Lebensmittel noch für 100 ℳ bekommen haben, müssen wir heute schon mit 145,73 ℳ bezahlen. Volk ermanne dich! Lasse dich nicht wehrlos in das Elend treiben! Den Streikhetzern muß die schärfste Antwort gegeben werden, sie sind das Schandmal unseres Volkes.

Spartakistisches aus Magdeburg.

Magdeburg, 8. April. Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, einer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdachte, an den gegenrevolutionären Vorgängen beteiligt gewesen zu sein, seiner Funktion enthoben worden. Der Wert der aus den Speichern des Lebensmittelamts am Hafen geraubten Waren beläuft sich auf weit über 700 000 Mark. Die Bevölkerung wird durch diesen Raub empfindlich getroffen, da diese Lebensmittelmengen für eine erhebliche Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt bestimmt waren. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für Gefangene lagerten, wurden ausgeplündert. Infolge dieser Exzesse hat der Exekutivausschuß den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreu erwiesen.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Stadtschultheißenämter werden an die Erledigung des oberamtlichen Erlasses vom 18. März 1919, betreffend

Bericht über die Wohnungsfrage

erinnert.

Calw, den 7. April 1919. Oberamtmann: Gös.

Die (Stadt)-Schultheißenämter werden an die Erledigung des oberamtl. Erlasses vom 3. März 1919, Calwer Tagblatt Nr. 56 betreffend

Vorlage eines Pferdeverzeichnisses, erinnert.

Calw, den 7. April 1919. Oberamtmann: Gös.

Oberamt Calw.

Abgabe von warmblütigen Zuchtstuten.

Unter Bezugnahme auf die wiederholte Bekanntgabe, daß die Gesuche um Ueberweisung von warmblütigen Zuchtstuten nicht annähernd in vollem Umfang berücksichtigt werden können, wird mitgeteilt, daß die Abgabe von warmblütigen Zuchtstuten demnächst zu Ende gehen wird. Für die noch zur Verfügung stehende verhältnismäßig kleine Zahl von Tieren sind die Abnehmer bereits vorgemerkt. Die betreffenden Züchter werden von Pferdezuchtinspektor Krafft in Ulm zur Abnahme der Tiere seinerzeit eingeladen werden. Bestellungen werden nicht mehr angenommen.

In der letzten Zeit sind Gesuche in nicht unerheblicher Zahl eingelaufen, in denen von Käufern um Freigabe der Stuten zum Verkauf gebeten wird. Als Grund wird in der Regel angegeben' daß die Stute für den landw. Betrieb unbrauchaar sei. Ohne Rücksicht darauf, ob dies zutreffend ist oder nicht, wird die Genehmigung zum Verkauf nicht mehr erteilt werden. Stuten, die für den Betrieb des Käufers nicht brauchbar sind, werden zurückgenommen und einem andern Züchter oder der Militärverwaltung überwiesen werden.

Dem Vernehmen nach sollen von verschiedenen Käufern Stuten ohne Genehmigung der Zentralstelle für die Landwirtschaft verkauft worden sein. Die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen wird regelmäßig nachgeprüft werden. In allen Fällen, in denen eine Vertragsverletzung festgestellt wird, wird die Vertragsstrafe eingezogen werden.

Den 5. April 1919. Oberamtmann: Gös.

Aus dem Rätekongreß.

Berlin, 8. April. Im Rätekongreß sagte Präsident **Leinert**, wie die B. Z. am Mittwoch meldet, in seiner Eröffnungsansprache u. a. noch: Die Revolution ist nicht gemacht worden, damit das deutsche Volk seine Unterdrücker wechselt, damit an Stelle unserer Junker die imperialistischen Eroberer eines fremden Volkes treten. Schwere Bedingungen sind uns schon durch den Waffenstillstand auferlegt. Wir sind bis an die Grenze gegangen. Mehr ist nicht ertragbar. Wenn die Entente glaubt, Deutschland müsse vernichtet werden, so werde sie sich über unser Volk täuschen. Wir sind kein Herrenvolk und wollen keines werden. Aber unsere geistige Arbeit, dasjenige, was das Volk an Kultur hervorgebracht hat, soll der ganzen Welt zugute gereichen. Haß und Rachegelüste würden die Folgen eines Gewaltfriedens sein, und das ist unerträglich mit den Prinzipien der Revolution.

Wie's gemacht wird.

Berlin, 8. April. Für morgen Vormittag ist in Berlin ein Demonstrationszug der Kriegsbeschädigten angekündigt, die von den Unabhängigen aufgeputscht sind und höhere Renten verlangen. Die Demonstration gilt der Reichskanzlei, wo aber zurzeit keiner der zuständigen Minister anwesend ist, und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß es Elemente gibt, die wünschen, daß sich an solche Demonstrationen Putschversuche anknüpfen. Um solchen möglichst vorzubeugen, hat das Militär bereits heute vormittag auf dem Wilhelmsplatz in der Nähe der Reichskanzlei Kräfte entfaltet. Man sieht dort zahlreiche Autos mit Geschützen und Maschinengewehren.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Die Franzosen in Saarbrücken.

(WTB.) **Saarbrücken**, 6. April. Der oberste Verwalter des Saargebiets General Andlauer veröffentlicht in einem Maueranschlag eine **Proklamation**, in der es u. a. heißt: Das französische Oberkommando verfügt:

Jedes Fernbleiben von der Arbeit wird als **feindlicher** Akt betrachtet und alle Belegschaften in ihrer Gesamtzahl, Direktionspersonal mit einbezogen, werden zur Arbeit requiriert und dem Befehl des General Andlauer, dem obersten Verwalter des Saargebietes, unmittelbar unterstellt. Infolgedessen wird angeordnet: Am Montag den 7. April die Wiederaufnahme der Arbeit durch die Bergleute, die durch diesen Anschlag dazu requiriert werden: 1. Einfahrt um 6 Uhr morgens. Zuwiderhandelnde haben Verhaftung zu gewärtigen. (Ein gewisser Teil dieser Arbeiter wird wegen Nichtbefolgung eines militärischen Befehls nach dem rechten Rheinufer abgeschoben.) Aufwiegler usw. werden vor ein Kriegsgericht gestellt und nach dem Militärstrafgesetzbuch abgeurteilt werden. Das Direktionspersonal der einzelnen Zechen wird für die Wiederaufnahme der Arbeit verantwortlich gemacht. — 2. General Andlauer wird bestimmen, wann die außerordentlichen Maßnahmen in Wirksamkeit treten. — 3. Jede französische Militärperson irgend welchen Grades ist von den Deutschen als Vorgesetzter im Sinne der militärischen Rangordnung zu betrachten. — 4. Die Ortspolizei sowie die Ortsbeamten werden ebenfalls requiriert. Sie haben jeder Anordnung der Militärbehörde Folge zu leisten, zur Ausführung dieser Proklamation beizutragen bezw. diese zu überwachen.

In Verfolg der Proklamation des Generaloberstverwalters des Saargebietes vom 5. April, welche die Belegschaften der Saargruben zur Arbeitsleistung requirierte und in Anbetracht, daß nur ein Fünftel der Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen hat, sind folgende Maßnahmen getroffen worden: Eine gewisse Anzahl von Verhaftungen sind erfolgt, wegen der Weigerung, den Befehl zur Arbeitsleistung nachzukommen. Von den Verhafteten wurden 21 vor das Kriegsgericht gestellt und zu Strafen von 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Die übrigen wurden in das rechtsrheinische Gebiet durch Eisenbahntransport abgeschoben. Der Zug verließ Saarbrücken am 7. April, abends 10 Uhr.

Die Frage der französischen Ostgrenze.

(WTB.) **London**, 8. April. Die „Times" vom 5. April teilt in einem Leitartikel mit, daß die Frage der französischen Ostgrenze dahin entschieden sei, daß das linke Rheinufer deutsch bleibe; dafür aber ein breiter Grenzgürtel rechts und links des Rheins ständig unbewaffnet sein müsse. Auch Saarbrücken solle deutsch bleiben und den Franzosen lediglich der Reingewinn aus dem Betriebe der dortigen Kohlengruben überwiesen werden.

Zur Frage der Kriegsentschädigung.

(WTB.) **Amsterdam**, 7. April. Dem „Allg. Handelsblad" wird aus Paris zu der Frage der Entschädigung noch gemeldet, daß die jährlichen Abzahlungen des Restes 1 oder 2 Jahre im voraus festgesetzt werden sollen. Die Verteilung der Entschädigung unter die Alliierten wird wahrscheinlich nach einem Maßstabe stattfinden, nach dem Frankreich die Hälfte, die verwüsteten Länder wie Belgien und Serbien einen bestimmten Prozentsatz und die andern Alliierten Entschädigungen nach Maßgabe ihrer Verluste an Menschenleben erhalten werden.

Immer wieder die Kriegsschuldfrage.

Paris, 9. April. Diplomatischer Situationsbericht. In den beiden Dienstagsitzungen wurde die politische und administrative Lösung der Frage des Saarbeckens erörtert. Zu einem endgültigen Entschluß kam man nicht. Der Nachmittagssitzung wohnte Wilson bei. Verhandelt wurden die Verantwortlichkeiten. Die britischen und französischen Delegierten sind in der Anerkennung der Schuld Wilhelms II. und der Forderung nach Auslieferung und Verantwortung vor einem interalliierten Gerichtshof einig. Die Amerikaner erkennen die Schuld des früheren Kaisers, erblicken jedoch keine rechtliche Möglichkeit zu seiner Verfolgung. Man erhofft einen Ausgleich zwischen den beiden Auffassungen.

Erzberger über die Landungsfrage in Danzig.

Berlin, 8. April. In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Deutschen Allg. Zeitung" sagte Reichsminister Erzberger über die letzten Verhandlungen in Spaa, wegen der Landungsfrage polnischer Truppen in Danzig u. a.: Das deutsche Volk hat die ungeheure Gefahr erkannt, die seiner nationalen Einheit drohte, wenn die polnischen Truppen tatsächlich in Danzig gelandet wären. Ich brauche nur, an die Worte Paderewskis zu erinnern, „wenn einmal die Hallerschen Divisionen in Danzig wären, so würde Westpreußen schon von selbst polnisch werden." **Ganz Westpreußen und Danzig an der Spitze ist deutsch und will deutsch bleiben. Und hat nicht die geringste Lust, sich dem polnischen Joche zu beugen.** Meine Auffassung ist die, daß die gewaltige Bewegung im deutschen Volke einen Eindruck auf die Entente nicht verfehlt hat. Ich glaube sagen zu können, daß dies das erste mal war, daß die Entente nach dem Krieg den nationalen Willen der Deutschen respektierte. Freilich sprachen dabei noch andere reale Gründe mit. Die Entente glaubt, den Bogen nicht mehr allzu sehr überspannen zu dürfen. Der Bolschewismus fängt an auch den Franzosen begreiflich zu werden. Aber alle diese Gründe hätten nicht genügt, die Entente zum Verzicht auf die Landung in Danzig zu bringen, wenn sie nicht mehr dem einmütigen Willen des deutschen Volkes gegenüber gesehen hätte. Obwohl Marschall Foch an der Rechtsgrundlage, daß die Alliierten eine Landung in Danzig verlangen können, noch fest hält, bin ich davon überzeugt, daß dies Deutschland gleichgültig sein kann. Marschall Foch wird an der getroffenen Lösung loyal festhalten. Die polnische Landungsgefahr für Danzig, für den Osten, für ganz Deutschland ist vorüber. In Deutschland können wir ein übriges tun, wenn wir dafür sorgen, daß die Transporte glatt von statten gehen. Unruhen und Streiks, durch welche die Transporte gefährdet werden, malen die polnische Landung in Danzig wieder an die Wand. Wir haben alles Interesse daran, daß die Transporte möglichst schnell vor sich gehen.

Die Pariser Presse über das Danziger Abkommen.

(WTB.) **Berlin**, 8. April. Die Pariser Presse ist über das Danziger Abkommen feindlich gestimmt und erklärt mit wenigen Ausnahmen das Abkommen geradezu für eine Schlappe. Der „Temps" fordert die Entente auf, diese Schlappe nicht zu verheimlichen.

Fortdauer der polnischen Uebergriffe.

Berlin, 9. April. An der Posener Front lag Zdung und Umgebung wieder unter polnischem Artilleriefeuer. Dort, sowie bei Kempen und südlich Kolmar, ferner bei Margonin, bei Schleuse 2, südlich Nakel, im Postulitzer Forst, westlich Bromberg, und bei Oppock südlich Thorn, mußten polnische Vorstöße abgewehrt werden. Die Polen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

beschossen die Ostbahn westlich Nakel mit Artillerie. Unter Bruch der Demarkationslinie nahmen sie bei Podanin, südlich Kolmar, eine unserer Feldwachen in Stärke von 8 Mann gefangen.

Räumung von Odessa durch die Alliierten.

Paris, 9. April. (Reuter.) Die Räumung von Odessa durch die Alliierten wird bestätigt.

Vermischte Nachrichten.

Cottin begnadigt.

Paris, 9. April. Reuter meldet: Poincare hat auf einen Bericht Clemenceaus die gegen Cottin verhängte Todesstrafe in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt. — Cottin 10 Jahre Zuchthaus, der Mörder Jaurès freigesprochen! Französische Rechtsprechung.

Wiederbeginn des alten Spiels in Mexiko.

Amsterdam, 10. April. Der Newyorker Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, daß der mexikanische General Aurelio Blanquet die Regierung Carranzas zu stürzen versuche. Er sei im Hauptquartier des Genrals Diaz angekommen. Die Aufständischen haben 15 von den 27 mexikanischen Staaten und den Häfen Nautla bei Veracruz besetzt.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 10. April 1919.

Schweinemarkt in Calw.

Auf dem gestrigen Schweinemarkt waren 11 Läufer- und 195 Stück Milchschweine zugeführt. Da viele Händler am Platze waren, herrschte ein reges Leben und es wurde fast alles bei hohen Preisen abgesetzt. Es wurden bezahlt für ein paar Läufer 480—1422 ℳ. Letztere waren ausnahmsweise starke Tiere; für ein paar Milchschweine war der Preis 300—470 ℳ.

Gegen den Schleichhandel.

Zur Unterbindung des Schleichhandels wird in den nächsten Tagen durch die Schulpol eine Ueberwachung des Personenverkehrs in den Zügen eingeführt. Um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wird jedem, auch den württ. Staatsangehörigen geraten, sich auf Reisen mit geeigneten Ausweispapieren über ihre Persönlichkeit zu versehen. Für Nichtwürttemberger besteht nach einer Verordnung der Provisorischen Regierung vom 18. 1. 19 Paßzwang.

Beschlagnahmte Lebensmittel.

Welche gewaltigen Mengen an Lebensmitteln auch in Württemberg von Schleichhändlern und Schleichversorgern verschleppt werden, ist daraus ersichtlich, daß in den Monaten Januar und Februar d. Js. von Beamten des Kriegswucheramts u. a. beschlagnahmt worden sind: 28 Zentner Butter und Schmalz, 15 Zentner Fett, 278 Zentner Fleisch und Wurst, 498 Zentner Getreide und Mehl, 75 Zentner Hülsenfrüchte, 27 Zentner Käse; ferner an lebenden Tieren: 61 Schlachtpferde, 21 Schweine, 53 Läuferschweine und 4 Milchschweine, 1 Rind, 2 Kühe, 2 Ochsen und 7 Schafe.

Paßpflicht.

Jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, hat sich durch einen Paß über seine Person auszuweisen. Ausgenommen sind Kinder unter 12 Jahren und solche Nichtwürttemberger, die sich bereits vor dem 1. Januar 1919 in Württemberg niedergelassen haben. Jeder Nichtwürttemberger ist verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei der Ortspolizeibehörde seines Aufenthaltsorts persönlich zu melden. Zuwiderhandlungen ziehen Strafe und Ausweisung nach sich.

Die Kosten der Arbeiter- und Bauernräte.

Nach neuester Bekanntmachung werden die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte, die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden tätig sind, **von den Kommunalverbänden** (Amtskörperschaften) **getragen**. Die Höhe der Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte, setzen diese im einzelnen fest. Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung der Arbeiter- und Bauernräte nicht einverstanden sind, können die Entscheidung des Landesausschusses anrufen. Dieser entscheidet im Einvernehmen mit der Staatsregierung.

Das Ergebnis der Ludendorffspende.

Das Ergebnis der Spende mit rund **3,9 Millionen** Mark in Württemberg kann als ein durchaus gutes bezeichnet werden. Erscheint die Gesamtsumme zunächst als hoch, so muß doch in Anbetracht der außerordentlich starken Anforderungen an die Kriegsinvalidenfürsorge aufs nachdrücklichste darauf hingewiesen werden, daß mit den vorhandenen Mitteln sehr sparsam gewirtschaftet werden muß.

Gegenüber verschiedenen, die Oeffentlichkeit immer wieder beunruhigenden Gerüchten über die Ludendorff-Spende sei folgendes festgestellt: Die Mittel der Spende sind nicht in Berlin aufgespeichert. Entsprechend dem zu Beginn der Sammlung aufgestellten Grundsatz sind die in jedem Bundesstaat gesammelten Beträge in diesem verblieben. Ihre Verwaltung und Verwendung, bei der auch Kriegsbeschädigte mitwirken, steht in Württemberg dem Landesausschuß der Kriegsinvalidenfürsorge zu. 2.) Vielfach scheinen immer noch Zweifel über die Zwecke der Spende zu bestehen. Die gesamten Mittel sind **ausschließlich für Kriegsbeschädigte** bestimmt, d. h. für diejenigen Kriegsteilnehmer, die im Kriege Schaden an ihrer Gesundheit erlitten haben und dadurch in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind. 3.) Ganz unzutreffend ist endlich die mancherorts verbreitete Behauptung, daß ein großer Teil der Spende schon für Verwaltungskosten aufgebraucht worden sei. Von der Spende selbst ist hiefür noch nichts verwendet worden. Bis jetzt sind überhaupt die sehr erheblichen Ausgaben für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge aus solchen allgemeinen Mitteln bestritten worden, die dem Landesausschuß vor der Sammlung für die Ludendorff-Spende von allen Kreisen zugekommen sind.

Anfragen aus dem Heeresdienst Entlassener.

Entlassene Heeresangehörige wenden sich häufig mit mündlichen und schriftlichen Anfragen bezüglich Kriegsteuerungsbezügen, Gebührnisfragen, Entlassungs- und Marschgeld unmittelbar an das Kriegsministerium, dessen Dienstbetrieb dadurch außerordentlich erschwert wird. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle nachträglichen Eingaben von entlassenen Heeresangehörigen **dem zuständigen Bezirkskommando** vorzulegen sind, das für Weitergabe oder unmittelbare Erledigung zu sorgen hat. Durch unmittelbar an das Kriegsministerium gerichtete Anfragen und Gesuche entsteht für den Gesuchsteller außerdem eine Verzögerung, weil das Kriegsministerium die Gesuche in den meisten Fällen den Truppenteilen und Bezirkskommandos zur Stellungnahme zugehen lassen müssen. Die Bezirkskommandos sind angewiesen, alle Anfragen und Gesuche entgegenkommend mit größter Beschleunigung zu erledigen.

Kriegsbeschädigten-Versammlung.

Möttlingen, 8. April. Am vergangenen Samstag sprach in der „Krone" Herr **M. Bernhardt-Calw** vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen über: „Ziele des Reichsbundes und unsere Forderungen an den Staat". Seine Ausführungen fanden den Beifall der zahlreich Erschienenen. Der Vorsitzende der Simmozheimer Ortsgruppe, Kamerad Hauptlehrer **Schurr** empfahl in warmen Worten den Beitritt zum Reichsbund. Alle Möttlinger Mitglieder schlossen sich auf Wunsch der Simmozheimer Ortsgruppe an. — Am Sonntag findet in **Neubulach** in der „Sonne" ebenfalls eine Versammlung statt, zu der auch die Kriegsteilnehmer usw. der umliegenden Orte eingeladen sind. (S. Inf.)

*

:: **Liebenzell**, 9. April. Der Christliche Verein für Jugendwohlfahrt e. V. (Stuttgart) hat das bekannte Wiesengelände am Ausgang des wildromantischen Monbachtales bei Liebenzell erworben, um dort demnächst ein **Jugendferienheim** zu erstellen. Dasselbe soll sowohl Schülern und Lehrlingen, jungen Kaufleuten, Handwerkern, Beamten und Studenten aus den Großstädten, als auch unseren vom Feld heimgekehrten Soldaten zur Erholung dienen, ebenso wird es zur Abhaltung von Konferenzen benützt werden. Der Plan ruft in den beteiligten Kreisen große Freude hervor, da das Fehlen eines solchen Heims besonders in den letzten Jahren sehr empfunden worden ist. Die erzieherische und soziale Bedeutung wird dem Unternehmen unter den Freunden der Jugend gewiß reichliche Unterstützung sichern. Der Verein hat auch das bereits stehende Kurhaus Monbachtal übernommen, um es für Erwachsene als Christliches Erholungsheim weiterzuführen. Es nimmt, ebenso wie auch das Jugend-Ferienheim, während des ganzen Jahres Gäste auf. Der bisherige Wirtschaftsbetrieb bleibt im Rahmen der Bestimmung des Hauses und den Zeitverhältnissen entsprechend bestehen. Zur möglichsten Selbsterzeugung der Lebensmittel wird eine eigene Landwirtschaft eingerichtet.

(SCB.) **Neuenbürg**, 7. April. In der letzten Sitzung der bürgerlichen Kollegien wurde der neugewählte Stadtschultheiß Knodel durch Oberamtmann Bullinger in Amt **eingesetzt**. Es schloß sich eine gesellige Zusammenkunft im Gasthof zu „Bären" an.

SCB. **Stuttgart**, 8. April. Die **Stahl und Federer** Aktiengesellschaft in Stuttgart beziffert ihren Jahresgewinn für das am 31. Dezember 1918 zu Ende gegangene dreizehnte Geschäftsjahr auf 1 049 667 ℳ (im Vorjahr auf 1 166166 ℳ), wovon nach Abzug von 30000 ℳ Talonssteuer und 190 000 ℳ Abschreibung auf Gebäude 829657 ℳ zur Verfügung der Generalversammlung bleiben. Davon werden 85000 ℳ den beiden Reservefonds überwiesen und 6 % Dividende (im Vorjahr 7 %) verteilt. Die Generalversammlung findet am 23. April statt.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

JEDE SORGE
wegen
schadhafter Dächer
beseitigt
AMBI, Abt. II K
Charlottenburg 9

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.

Die auf Buttermarke Nr. 2 bestellte **Butter** kann gekauft werden.

Stadtschultheißenamt Calw.

Aufforderung zur Anmeldung zur Wählerliste für die Gemeinderatswahl.

Bis spätestens 26. April 1919 wollen sich beim Stadtschultheißenamt anmelden:

1. Alle Württemberger, welche in der Zeit vom 1. Januar **bis 25. Mai 1919** das 20. Lebensjahr vollenden.

2. Alle bis 25. Mai 1919 über 20 Jahre alten württembergischen Staatsangehörigen, welche seit 1. Januar 1919 hier ihren **Wohnsitz** genommen haben.

Vordrucke zur Anmeldung sind auf der Stadtschultheißenamtskanzlei zu haben.

Nicht anzumelden brauchen sich diejenigen Wahlberechtigten, welche bereits im Januar ds. Js. hier in die Wählerlisten für die Landes- und Reichsversammlung aufgenommen wurden.

Calw, den 9. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Geflügelhalter

werden darauf hingewiesen, daß nach einer Verfügung des Oberamts diejenigen, welche ihrer **Eierablieferung** nicht spätestens im April nachkommen, für den Monat Mai **keine Zuckermarken** erhalten.

Calw, den 8. April 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw.

An die sofortige Abgabe der

Steuererklärungen, Lohnzettel, Anmeldungen von Schuldzinsen

wird unter Hinweis auf die in der Verzögerung liegenden Rechtsnachteile erinnert.

Den 9. April 1919.

Gemeindebehörde für die Einkommensteuer:
Frey.

Calw.

Durch Beschluß der Gemeindekollegien sind die mit der

Erhebung des örtlichen Zuschlags zur Biersteuer verbundenen Geschäfte

ab 1. 4. 19 der Stadtpflege zugewiesen worden.

Bierbrauer und Bierverkäufer haben ihre Meldungen demgemäß künftig bei der **Stadtpflege** einzureichen.

Die Tätigkeit des Verbrauchssteuerverwalters Kleinbub ist in Wegfall gekommen.

Den 9. April 1919.

Stadtpflege: Frey.

Calw.

Einige Allmandplätze

im Meßgehalt von je 50—70 qm die sich **nach entsprechender Bearbeitung** zum Gemüseanbau eignen, können gepachtet werden.

Interessenten wollen sich bei der Stadtpflege melden.

Den 9. April 1919.

Stadtpflege: Frey.

Forstamt Calmbach.

Nadelstammholz-Verkauf.

Der auf Montag, den 7. April vorm. 10 Uhr in Calmbach (Rathaus) anberaumt gewesene Nadelstammholzverkauf findet nunmehr am **Montag, den 14. April** statt.

Ein Zimmer für 2 Schüler
mit oder ohne Pension, gesucht.
Angebote unter Nr. 52 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Zu verpachten ist eine große
Werkstatt
mit elektrischer Leitung versehen.
Frau Ph. Fiesel, Witwe,
Bad Liebenzell.

Guterhaltenes
Klavier
sucht zu kaufen.
Wer, sagt die Gesch. d. Bl.

Gefunden
wurde in **Calw** ein größerer Geldschein.
Wer, sagt die Gesch. d. Bl.

Wurst-Konserven
(aus Heeresbeständen)
empfiehlt, soweit Quantum reicht,
Spar- u. Consumverein.

Landhaus oder Etagenwohnung
von 4—6 Zimmern womöglich mit kleinem Gärtchen auf dem Lande oder in kleinerer Stadt auf 1. Juli oder früher zu mieten gesucht.
Angebote unter St. 22 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Baumholz
dürres mit Reisig, aufgeschichtet versch. Quantum, wird am **Samstag mittag ½2 Uhr** an der Stuttg. Straße in der Nähe von Feldsch. Weimert, verkauft. Liebh. sind eingeladen.

Arbeit das Gebot der Stunde!

Wirtschafts-Eröffnung.

Die in meinem elterlichen Anwesen seit langen Jahren betriebene Schankwirtschaft führe ich vom nächsten Samstag, den 12. ds. Mts. an als

Wirtschaft „zur Bürgerstube“

selbst weiter.

Außer dem offenen Ausschank des bekannten **Wulleschen Bieres** führe ich **Alpirsbacher Klosterbräu** in Flaschen, sowie **guten Wein;** auch habe ich wieder eine Niederlage der **Teinacher Hirschquelle** übernommen.

Unter Zusicherung guter und pünktlicher Bedienung lade ich meine Mitbürger in Stadt und Land zu fleißigem Besuche freundlichst ein.

Emil Rau.

Für Konfirmanden!

Halte mich im Anfertigen von

Einzelaufnahmen, Familien- u. Gruppen-Bildern

bestens empfohlen.

Bei Einzel-Aufnahmen gebe zu 1 Dutzend Karten **1 Kabinettbild gratis.**

Fr. Ziegler,
Atelier für Photographie und Vergrößerung,
Rötenbach.

Komme auf Wunsch nach auswärts.

Altburg OA. Calw.

Langholz-Verkauf.

Im Wege schriftlichen Angebots bringt die Gemeinde zum Verkauf: 224 Forchen mit zus. 154 Fm. 4,17 Fm. II. Kl., 82,38 Fm. III. Kl., 53,47 Fm. IV. Kl., 13,53 Fm. V. Kl. und 1,00 Fm. Sägholz II. und III. Kl. und 89 Tannen mit zus. 64 Fm. 6,75 Fm. II. Kl., 18,83 Fm. III. Kl., 29,48 Fm. IV. Kl., 8,74 Fm. V. Kl. Die Angebote wollen geltend für die ganze Menge auf die diesjährigen Fosttaxe des Forstamts Hirsau bezogen und in ganzen Prozenten ausgedrückt bis spätestens **am Mittwoch, den 23. April 1919 an das hiesige Schultheißenamt eingesandt werden.** Auszüge durch Waldmeister Roller.

Am 9. April 1919.

Gemeinderat.

Unteres Bad.

Am **Donnerstag nachmittag, den 10. April** werden im U. Bad

4,85 Festm. **Hagenbuchen,** 4.—6. Klasse, **0,90** Festm. **Linde** 5.—6. Klasse, **0,27** Festm. **Akazien** 6. Kl. verkauft.

Liebhaber sind eingeladen.

P. Höfer, Bad Liebenzell.

Fahrnis-Verkauf.

Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am **Samstag, den 12. April, nachmittags 2 Uhr** im Hause des Herrn Medizinalrat Müller, Schulstraße 10, gegen Barzahlung:

1 vollständiges Bett mit Rost, 1 eichenen Schrank, 1 lak. Kommode, 4 geflocht. Sessel, 1 Ruhesessel, 1 Gartentisch, Gallerien, 1 Mantelofen, 1 Klavier-, Steh- und Küche-Lampe, 2 Oelgemälde, 1 roten Plüschteppich 3+2½ Meter, 1 Waschständer und Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtinventierer Kolb.

In Neubulach, in der „Sonne“

findet **Sonntag, den 13. April, nachmittags 2½ Uhr** eine

öffentliche Versammlung

für Kriegsbeschädigte, Kriegsteilnehmer, Kriegerwitwen und -Hinterbliebenen statt.

Thema: **„Gerechte Forderungen an den Staat“.**

Zu dieser Versammlung werden alle Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer, Kriegerwitwen u. A. von **Neubulach, Altbulach, Liebelsberg, Breitenberg, Neuweiler, Oberhaugstett, Kohlers- und Seitzental und der weiteren Umgebung** freundlichst eingeladen.

Reichsbund d. Kriegsbeschädigt., Kriegsteiln. u. Hinterblieb.
J. A.: **M. Bernhardt,** Vorsitzend. d. Ortsgruppe Calw d. Reichsb.

Am nächsten Sonntag, den 13. April, mittags 2 Uhr findet im Dreiß'schen Saal in Calw eine

Bauhandwerker-Versammlung

statt, zu welcher sämtliche selbständigen Unternehmer im **Maurer-, Grab-, Betonier-, Steinhauer-, Zimmerer- und Gipsergewerbe** eingeladen werden, worin der

Landesvorstand Herr Zimmermeister Kreß vom Verein Württembergischer Bauhandwerkmeister einen

Vortrag

halten wird über den

„Zusammenschluß des Rohbaugewerbes und Aufstellung von Bezirkspreislisten“.

Die verehrlichen Kollegen werden dringend ersucht, zu der Versammlung bestimmt zu erscheinen.

Der prov. Bezirksausschuß.

Oster-Eier Oster-Hasen Oster-Geschenkartikel

empfiehlt
Spar- u. Consumverein.

Bestes Dörrobst

kaufe ich jedes Quantum: **Apfel, Birnen, Hutzeln** zu M. 4.50; **Schnitze u. Zwetschgen** oder **Kirschen** gleichmäßig gem. z. M. 4.60; **Zwetschgen oder Kirschen allein** zu M. 4.70 per Pfund, Netto-Gewicht, sofortige Kasse, Verpackung frei, Postpacket franko, per Bahn ab dort. Die Ware kann **sofort** an mich zum Versand gelangen und zwar falls Bahnversand per Eilgut. Bei Lieferung von mindestens 1 Ztr. franko Stuttgart bezahle ich 10% mehr.

Robert Hallmayer, Großhdlg. Stuttgart, Telefon Nr. 546.
Aufkaufsberechtigt.

Freitag,
Hotel Waldhorn:

Hasen-, Kaninchen-, Ziegen- und andere Felle. Tierhaare

kurze und lange werden am Freitag im

Hotel Waldhorn

von der Firma

J. Hackel, Karlsruhe, Friedensstraße 2, zu den höchsten Preisen angekauft.

Freitag, Hot. Waldhorn

Einen schönen, 5 jährigen

Wolfshund

Rüde, mit Stehohren, wachsam, geeignet für Villa oder geschlossenen Hof, an Kette gewöhnt, verkauft

K. H. Ehmert, Simmozheim

Haaruhrketten

mit oder ohne Haarzugabe fertigt

J. Odermatt, Friseurmstr

Einen noch guterhaltenen

Liegestuhl

hat preiswert zu verkaufen.

Wer s. die Geschäftsst. d. Bl.

Einen neuen

Bettrost

Größe 90/190 hat zu verkaufen

Adolf Junginger, Tapezier

3—4 Eimer

Most

sucht zu kaufen

Stotz, z. „Löwen“, **Hirsau.**

Treibriemenwachs

empfiehlt

Gg. Wackenhuth,
Maschinenwerkstätte.

Ein größeres Quantum

Kleesamen-Gsied

ist zu haben bei

Gutspächter **Hohl,**
Hof Dicke.

Am **Samstag, den 12. ds.** mittags 1 Uhr verkaufe ich einen schweren, 9 jährigen

Rappen,

Wallach,

vertrauter Einspänner, sowie eine gute

Nutz- und Schaff-Kuh.

unter 2 die Wahl.

Karl Linkenheil,
Simmozheim.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am **Samstag, den 12. April 1919** stattfindenden

Hochzeitsfeier

im Gasthof zum „Lamm“ in Bad Liebenzell, freundlichst einzuladen.

Emil Holzäpfel
Sohn des Georg Holzäpfel in Bad Liebenzell.

Emma Ayasse
Tochter des Daniel Ayasse, Gasheizer in Calw.

Kirchgang um 12 Uhr.

Schwarzwald-Café

täglich geöffnet!

Lohnender Nebenverdienst

bietet sich **rührigem Herrn** mit **guten persönlichen Beziehungen** durch Uebernahme der Vertretung einer **alten,** sehr angesehenen **Unfall- u. Haftpflicht-Versich.-Gesellschaft für Calw u. Umgebg.**

Weitmögl. **Unterstützung** durch die Generalagentur wird zugesichert. Vorhand. Inkassobestand kann **übertragen** werden. Gefl. Angebote erbeten unter **St. U. 1740** an **Invalidendank Stuttgart.**

Für ein hiesiges Manufaktut- und Aussteuerwarengeschäft wird eine tüchtige

Verkäuferin

gesucht, die im Nähen bewandert ist. Näheres ist bei der Geschäftsst. ds. Bl. zu erfragen.

Auf 1. Mai oder später, ehrliches, kräftiges

Mädchen

nicht unter 16 Jahren, für Küche, Haushaltung und Gartenarbeit gesucht, in Ladengeschäft zu kinderlosem Ehepaar. Hoher Lohn und gute Behandlung zugesichert. Angebote erb. an die Geschäftsst. d. Bl.

Liebenzell.

Mädchen,

gesundes, kräftiges, das melken kann, für Haus und Gartenarbeit in christl. Haus zu altem Ehepaar ohne Kinder sogleich oder später gesucht.

Frau **Anna Schoppe.**

Ein älterer

Pferdeknecht

sucht Stelle in Landwirtschaft. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Fertige

Strohsäcke

empfiehlt

K. H. Ehmert, Simmozheim

Zu verkaufen:

1 gebr., sehr gut erhaltenen **Küchenschrank** m. Aufsatz
1 fast neues **Spiritus-Bügeleisen,**
1 größerer **Spirituskocher.**

Liebenzell, Alexanderstr.
Schwarzwaldhaus

Unterzeichnete empfehlen sich im

Weißzeugnähen und Wäscheausbessern

sowie im **Namenstichen.**

E. und P. Fiesel, Bad **Liebenzell,** Wilhelmstraße.

Gesucht gläubiger

Knecht

für Landwirtschaft von 16—20 Jahren, der auch melken kann.

Angebote zu richten an

Fr. Bolle,
Kurhaus Monbach.

Zum Austragen von Zeitschriften suche ich für einige Stunden in der Woche einen

Laufburschen

von 12—13 Jahren.

Buchhandlung **Häußler,**
an der Brücke.

Saisonstellung

suchen zwei ehrliche fleißige **Mädchen** als Zimmermädchen in Kur-Hotel, am liebsten in Liebenzell oder Wildbad.

Angeb. mit Gehaltsangebot an **Heinr. Kunz, Nürnberg** Hartmutstr. 5 I.

Färbe zu Hause

mit Stoffarben.

Ritter-Drogerie
Calw.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw